



Allgemeine Anträge

an den 47. ordentlichen Landtag
der Jungen Union Baden-Württemberg

ANTRAG A1		ANTRAGSTELLER: JU BV NORDWÜRTTEMBERG	
DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Die JU Baden-Württemberg fordert, dass in spätestens fünf Jahren (2023) ein bundesweit flächendeckendes 5G-Mobilfunknetz zur Verfügung steht.			
BEGRÜNDUNG: Die Chancen der Digitalisierung können nur dann genutzt werden, wenn die Infrastruktur entsprechend ausgebaut wird.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A2		ANTRAGSTELLER: JU BV NORDWÜRTTEMBERG	
DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Die JU Baden-Württemberg fordert, dass bis 2020 alle öffentlichen Busse und Züge mit einem kostenlosen WLAN-Zugang ausgestattet werden.			
BEGRÜNDUNG: Dies würde die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver machen.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A3		ANTRAGSTELLER: JU BV NORDWÜRTTEMBERG	
DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Die JU Baden-Württemberg fordert eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes für betriebliche und private Belange. Dazu bedarf es:			
<ul style="list-style-type: none"> - eines Wechsels von starrer 10-Stunden-Begrenzung pro Tag zu individuell vereinbarter Arbeitszeit innerhalb der gültigen maximalen gesetzlichen Wochenarbeitszeit - der Aufhebung der 11-Stunden-Regel (Pause zwischen Arbeitsende und Arbeitsbeginn), falls nicht im Betrieb gearbeitet wird, um selbstbestimmtes mobiles Arbeiten zu ermöglichen - die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeit soll den Vertragspartnern überlassen werden (Arbeitgeber, Mitarbeiter, Geschäftsleitung; Betriebsrat, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften) 			
BEGRÜNDUNG: Die alten starren Regelungen erscheinen ggü. der modernen Arbeitswelt nicht mehr bedarfsgerecht.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A4		ANTRAGSTELLER: JU BV NORDWÜRTTEMBERG	
<p>DER LANDSTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Die JU Baden-Württemberg fordert, die „Gemeinnützigkeit“ der „Deutsche Umwelthilfe“ abzuerkennen.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Die „Deutsche Umwelthilfe“ zeigt mit zahlreichen Aktionen, wie z.B. den Klagen gegen zahlreiche Städte unseres Bezirks (Esslingen, Ludwigsburg, u.a.) in Sachen Feinstaubbelastung, dass Sie damit scheinbar auch andere Ziele verfolgt da vieler Orts durch wirksame Gegenmaßnahmen die Luftreinhalteziele auch ohne Fahrverbote erreicht werden. Eine Motivation könnte beispielsweise in der hohen Bezuschussung durch die japanische Autoindustrie liegen, um der hiesigen Konkurrenz zu schaden. Ebenfalls planen wurden in jünger Vergangenheit zahlreiche Arbeitsplätze (z.B. des Unternehmens „Handtmann“) nicht im Ausland erschlossen. Dies lässt auf staatskonträres Handeln schließen, weshalb von jeglicher staatlichen Privilegierung abgesehen werden sollte.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme in geänderter Fassung: DER LANDSTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Die JU Baden-Württemberg fordert, die „Gemeinnützigkeit“ der „Deutschen Umwelthilfe“ abzuerkennen.</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A5		ANTRAGSTELLER: JU BV WÜRTT.-HOHENZOLLERN	
<p>Wir fordern eine Reform des Systems der Sicheren Herkunftsstaaten in Art. 16a Abs. 3 GG dergestalt, nach der – entgegen der derzeitigen Rechtslage – durch zustimmungspflichtiges Gesetz in Zukunft „Unsichere Herkunftsstaaten“ bestimmt werden und sämtliche, aus anderen Staaten stammende Asylbewerber unter die Vermutung fallen, dass diese nicht politisch verfolgt werden.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Die letzten Jahre haben gezeigt, dass das derzeitige Asylsystem nicht mehr zeitgemäß ist und dringend reformiert werden muss. Dass insbesondere Grün/Rot regierte Länder sich weiterhin der Anerkennung der Mahgreb-Staaten als Sichere Herkunftsländer verschließen, ist auch auf die aus dem Asylkompromiss von 1993 basierende Regelung des Art. 16a Abs. 3 GG zurückzuführen. Diese medial kaum wahrgenommene Verweigerungshaltung muss beendet werden. Durch diesen Systemwechsel wäre jede Partei dazu gezwungen, in der Asylpolitik „Farbe zu bekennen“. Der Wechsel von einer Positiv-Liste von sicheren Staaten zu einer Negativ-Liste von unsicheren Staaten wird auch zu einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung führen. Während das Verständnis für Kriegsflüchtlinge aus Syrien und anderen, von Bürgerkriegen betroffenen Menschen sehr hoch ist, sinkt dies insbesondere hinsichtlich Personen aus Ländern, die eher als prosperierende Urlaubsdestinationen bekannt sind.</p> <p>Weitere Begründung ggf. mündlich.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A6		ANTRAGSTELLER: JU BV NORDW. & JU BV WÜRTT.-H.	
<p>DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Die JU Baden-Württemberg fordert, dass die Baden-Württemberg Stiftung Stipendien an Studentinnen und Studenten des Fachs Medizin auslobt, die sich dafür verpflichten, nach erfolgreichem Studium als mindestens fünf Jahre als „Landärzte“ zu arbeiten.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Dies könnte dazu beitragen der fehlenden Ärzteversorgung im ländlichen Raum entgegenzuwirken.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme in geänderter Fassung: DER LANDESTAG MÖGE BESCHLIESSEN: Die JU Baden-Württemberg fordert, dass die Baden-Württemberg Stiftung gGmbH künftig Stipendien an Studentinnen und Studenten des Fachs Medizin ausloben soll, die sich dazu verpflichtet haben, nach erfolgreichem Studienabschluss mindestens fünf Jahre als „Landärztin“ bzw. „Landarzt“ zu arbeiten.“</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A7		ANTRAGSTELLER: JU BV NORDBADEN	
<p>Der Landestag der JU Baden-Württemberg möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg fordert die baden-württembergische Landesregierung auf, die Anzahl der Abschiebehaftplätze in Baden-Württemberg durch den Bau einer zentralen Abschiebehaftanstalt mit bis zu 700 Haftplätzen massiv zu erhöhen. Die Planung und Errichtung einer solchen Einrichtung soll unter der Maßgabe erfolgen, dass eine spätere Nutzung als reguläre Justizvollzugsanstalt möglich sein wird.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Aktuell gibt es in Baden-Württemberg lediglich 40 Abschiebehaftplätze (Abschiebehaftanstalt Pforzheim) – im gesamten Bundesgebiet existieren nur circa 500. Bis zum Jahr 2015 haben die Bundesländer ihre Kapazitäten von Abschiebehaftplätzen nahezu vollständig abgebaut. Aufgrund der seit drei Jahren anhaltenden europaweiten Migrations- und Flüchtlingskrise, erwies sich dieser Abbau als falsch. Angesichts von über 230.000 im Ausländerzentralregister als ausreisepflichtig erfasste Personen (Stand Februar 2018) sowie der fortwährend hohen Anzahl an untertauchenden und sich der Ausschaffung entziehenden rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern ist Handlungsbedarf von Seiten des Staates dringend geboten. Des Weiteren gebietet es der ressourcenschonende Umgang mit öffentlichen Mitteln, eine spätere Nutzung der zu bauenden Abschiebehaftanstalt als Justizvollzugsanstalt bereits in der Planungsphase zu berücksichtigen.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A8		ANTRAGSTELLER: JU BV NORDBADEN	
Der Landestag der JU Baden-Württemberg möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg fordert von der Landesregierung die Zusage, auch in Zukunft sämtliche Einnahmen der Feuerschutzsteuer zweckgebunden an die Kommunen weiterzuleiten.“			
BEGRÜNDUNG: Die freiwilligen Feuerwehren in Baden-Württemberg leisten eine hervorragende Arbeit, dienen dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land und müssen deshalb auch in Zukunft von der Landesregierung in ausreichendem Maße unterstützt werden. Dabei ist die Grundlage der Finanzierung die Feuerschutzsteuer, deren Einnahmen zweckgebunden von der Landesregierung an die Kommunen verteilt werden. Wir begrüßen die Entscheidung der Landesregierung, die Mehreinnahmen aus dem Jahr 2018 vollständig an die Kommunen weiterzugeben. Gleichzeitig mahnen wir aber an, auch in Zukunft an der Zweckbindung festzuhalten und nicht, wie die Vorgängerregierung, die Einnahmen der Feuerschutzsteuer zum Stopfen von Haushaltslöchern zu verwenden. Denn sowohl Einsatzanzahl, als auch die Anforderungen an die freiwilligen Einsatzkräfte haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A9		ANTRAGSTELLER: JU BV NORDBADEN	
Der Landestag der JU Baden-Württemberg möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg fordert die Abschaffung der in Baden-Württemberg nach § 23a des Aufenthaltsgesetzes eingerichteten Härtefallkommission.“			
BEGRÜNDUNG: Die Härtefallkommission ist ein Gremium, welches das Innenministerium in Baden-Württemberg ersuchen kann, einem vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer – abweichend von den ausländerrechtlich festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel – in besonders gelagerten Einzelfällen wegen einer besonderen humanitären oder persönlichen Härte eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (LACDJ) der CDU Baden-Württemberg hat bereits im Jahr 2016 einen gleichlautenden Beschluss mit der Begründung, der Gesetzgeber habe bereits vielfältige weitere Möglichkeiten zur Legalisierung illegaler Aufenthalte eröffnet, gefasst. In Zeiten des spürbar nachlassenden Vertrauens der Bürger in den Rechtsstaat muss der Staat, bspw. bei rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern, für den Vollzug der Ausreisepflicht sorgen und darf dies nicht mehr durch ein außerhalb der Gerichtsbarkeit und neben der Exekutive stehendes Gremium versuchen zu umgehen. In der Wirkung käme ein Fortbestand der Härtefallkommission den von einigen Landesregierungen beschlossenen „Winterabschiebestopps“ gleich, wonach das bloße Vorhandensein des Winters in Deutschland oder den jeweiligen Aufnahmeländern eine unbillige Härte für vollziehbar Ausreisepflichtige darstelle. Ein in der Gesamtwürdigung unhaltbarer Zustand für einen Rechtsstaat.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A10	ANTRAGSTELLER: JU BV NORDBADEN
<p>Der Landestag der JU Baden-Württemberg möge beschließen:</p> <p>„Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg fordert, dass die bestehenden Regelungen für die finanzielle Unterstützung von ehrenamtlichen Organisationen, welche im Katastrophenschutz tätig sind, überarbeitet und die finanzielle Unterstützung deutlich erhöht wird.“</p>	
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Neben den kommunalgetragenen Feuerwehren oder dem vom Bund getragenen THW sind vor allem ehrenamtlichen Organisationen im Katastrophenschutz tätig.</p> <p>Das Land stellt den Organisationen Fahrzeuge, Geräte und Spezialausrüstung zur Verfügung. Die ehrenamtlichen Organisationen, also die Träger der Katastrophenhilfe, tragen die sonstigen Kosten für Aufstellung, Ausbildung, Ausstattung und Unterbringung ihrer Kräfte selbst.</p> <p>Über die Stadt- und Landkreise gewährt das Land Zuschüsse zu den Kosten, diese Zuschüsse sind jedoch nicht ausreichend oder angemessen. So bleibt bspw. einem DRK-Ortsverein, welcher die Betreuungs- und Verpflegungskomponente einer Einsatzeinheit stellt, nach Abzug der Kosten der KfZ-Versicherung noch ein Betrag von 1.900 EUR im Jahr für alle Kosten, hierzu zählt neben den o.g. Kosten auch die Instandhaltung und eventuelle Reparaturen der drei Fahrzeuge. Ein anderer Ortsverein hat für die Stellung der Leistungsmodule Erstversorgung und Transport jährlich Kosten von rund 8.000 EUR, die Zuschüsse belaufen sich auf rund 3.600 EUR.</p> <p>Übernimmt ein Ortsverein ein Leistungsmodul im Katastrophenschutz, bzw. ist bereits Träger im Katastrophenschutz und muss für die Unterbringung der Fahrzeuge eine neue Fahrzeughalle errichten, so stehen dafür keinerlei Fördergelder über die normalen Zuschüsse hinaus zur Verfügung. Die Begründung hierfür liegt darin, dass in den Zuschüssen des Landes die Kosten für Unterbringung der Fahrzeuge mit abgedeckt sind, aber weder Mietkosten noch Baukosten/Finanzierungen für eine Fahrzeughalle sind damit realisierbar.</p> <p>Die Helfer der ehrenamtlichen Organisationen bringen jährlich unzählige Arbeits-, Ausbildungs- und Übungsstunden auf. Diese Stunden sind in Geld nicht zu bemessen und ohne diese wäre Katastrophenschutz wie wir ihn kennen nicht möglich. So ist es als politische Interessensvertretung unsere Aufgabe, dieses Ehrenamt nicht nur zu fordern, sondern auch entsprechend zu fördern.</p> <p>Durch stetig steigende laufende Kosten und Anforderungen, bei der Übernahme von Aufgaben im Katastrophenschutz, stehen ehrenamtliche Organisationen vor großen Aufgaben – denn neben dem, durch Vereinsarbeit finanzierten Katastrophenschutz, muss der Verein auch für seine originären Aufgaben finanziell handlungsfähig bleiben.</p> <p>Es kann nicht im Sinne der Politik sein, dass das Ehrenamt jährlich hohe finanzielle Belastungen zur Wahrung des Katastrophenschutzes in Deutschland erbringen muss.</p>	
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Annahme</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>

ANTRAG A11		ANTRAGSTELLER: JU KV KONSTANZ	
Die Junge Union Baden-Württemberg fordert die verpflichtende Einrichtung von Projekttagen zu den Themen Landwirtschaft und Forst an allen Schulen.			
BEGRÜNDUNG: Die Urbanisierung nimmt immer mehr zu, immer weniger Menschen wohnen auf dem Land oder haben ein Bewusstsein für Landwirtschaft oder Natur. Dies führt oft zu haltlosen Vorurteilen gegenüber Landwirten, einem romantisch verklärten Bild von Natur und oft fehlenden praxisnahen Vorstellungen von Landwirtschaft und Forstwirtschaft. Um diesem bereits im Kindesalter zu begegnen und ein Bewusstsein für die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schaffen und vor allem die Akzeptanz landwirtschaftlicher Betriebe zu erhöhen, fordert die Junge Union Baden-Württemberg die Einrichtung von verbindlichen Projekttagen zu den Themen Landwirtschaft und Forst in jedem Schuljahr. Diese Themen sollen darüber hinaus auch Teil des Lehrplans für das gesamte Schuljahr sein. Viele Landwirte und Kommunen wären sicherlich bereit an diesen Projekttagen mitzuwirken und Kindern frühzeitig zu zeigen, wieviel Arbeit in diesen Bereichen notwendig ist, um qualitativ hochwertige Lebensmittel herzustellen und gleichzeitig einen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft zu leisten. In Zeiten nachlassender regionaler und kultureller Identität wird so auch ein Bewusstsein für Heimat und Kultur geschaffen. Wir fordern, dass dieser Antrag auch an den CDU Landesparteitag weitergeleitet wird.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung		<input type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input checked="" type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A12		ANTRAGSTELLER: JU KV KONSTANZ	
Die Junge Union Baden-Württemberg fordert eine Vereinheitlichung der Mehrwertsteuer für Speisen auf 7%.			
BEGRÜNDUNG: Gastronomen kämpfen heute mit vielen Belastungen, wie zum Beispiel dem Arbeitszeitgesetz und weiteren bürokratischen Hindernissen - für viele Gastronomiebetriebe stellt sich daraus die Existenzfrage. Vielerorts wirkt sich das Verschwinden von klassischen Restaurants und Wirtshäusern auf die gesellschaftliche Struktur aus. Oftmals sind Wirte und Gasthäuser Zentren von Vereinen und Sozialleben einer Kommune. Aus diesem Grund sollte der Wettbewerbsnachteil von Gastronomie gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel abgebaut werden. Denn immer mehr Lebensmitteleinzelhändler erweitern ihr Sortiment an verzehrfertigem Essen. Auch Imbisse bereiten Speisen zur Mitnahme vor. Für diese Angebote zum Mitnehmen gelten 7% Mehrwertsteuer, für Speisen im Restaurant 19%. Die Junge Union fordert daher im Sinne von Regionalität, sozialer Verantwortung, fairem Wettbewerb und der Schaffung von Arbeitsplätzen, gleiche Steuern für Essen einzuführen. Restaurants müssen gleich wie Lebensmitteleinzelhandel und Imbisse besteuert werden. Nur so haben familiäre Gastronomiebetriebe in den Innenstädten und im ländlichen Raum abseits von großen Ketten eine Chance zum Überleben. Wir fordern, dass dieser Antrag auch an den JU Deutschlandtag und CDU Landesparteitag weitergegeben wird.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A13		ANTRAGSTELLER: JU KV KONSTANZ	
Die Junge Union Baden-Württemberg fordert das Land Baden-Württemberg dazu auf, am Modellprojekt „Moped mit 15“ teilzunehmen.			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Das Mindestalter für das Fahren von Kraftfahrzeugen der Klasse AM - hierunter fallen Mopeds - beträgt grundsätzlich 16 Jahre. 2013 führte der Bund den Modellversuch „Moped mit 15“ ein und verlängerte den Modellversuch erst Anfang dieses Jahres bis 2020.</p> <p>Fünf Bundesländer nehmen daran teil: Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Vor allem Schülern und Auszubildende würde der Moped-Führerschein mit 15 viele Vorteile bringen. Der ländliche Raum würde lebenswerter werden, wenn die Möglichkeit für junge Menschen besteht, schneller und flexibler in der Stadt zu sein. All das, was der ÖPNV nicht leisten kann, könnten die Jugendlichen mit einem eigenen Moped erreichen. In den teilnehmenden Bundesländern wird das Angebot stark genutzt - überall stieg die Anzahl der Fahrerlaubniserteilungen stark an. Gegenüber dem Mofa-Führerschein, den man schon mit 15 machen darf, können Mopeds der Klasse AM im Stadtverkehr mithalten und stellen so keine Behinderung des Verkehrs dar. Die höhere Geschwindigkeit ermöglicht es zudem, längere Strecken zu fahren, als bisher mit dem Mofa möglich ist.</p> <p>Durch den Modellversuch können Auswirkungen des gesenkten Mindestalters auf die Verkehrssicherheit untersucht werden. Bisher ist nicht zu beobachten, dass die jüngeren Mopedfahrer im Straßenverkehr mehr Unfälle bauen als die älteren Mopedfahrer. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, muss der Modellversuch „Moped mit 15“ der Anfang sein, das Alter für den Erwerb des Moped-Führerscheins bundesweit auf 15 Jahre zu senken - so wie es die Junge Union Deutschlands bereits auf ihrem Deutschlandtag 2011 forderte. Die Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sind erst 2017 nachträglich in das Modellprojekt eingestiegen. Das zeigt, dass einer nachträglichen Teilnahme Baden-Württembergs nichts im Wege steht.</p>			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A14		ANTRAGSTELLER: JU KV BÖBLINGEN	
Zur besseren Unterstützung unserer Universitäten fordern wir die Einführung von nachgelagerten, einkommensabhängigen Studiengebühren.			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Unsere Universitäten verdienen eine bessere Förderung, die aber nicht von der kompletten Gesellschaft, sondern nur vom profitierenden Teil der Gesellschaft getragen wird. Dies ist im internationalen Bereich bereits Standard.</p>			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Verweis an den Landesausschuss.		<input type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG ! Verweis an den Landesausschuss !	

ANTRAG A15		ANTRAGSTELLER: JU KV BÖBLINGEN	
<p>Das Land Baden-Württemberg wird aufgefordert eine neue staatliche Universität im Regierungsbezirk Stuttgart im ländlichen Raum unter anderem mit einer medizinischen, juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu gründen.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>In Baden-Württemberg gibt es zurzeit neun staatliche Universitäten. Zwei davon befinden sich in Nordwürttemberg: Die Universität Stuttgart (spezialisiert auf Ingenieurs- und Naturwissenschaften) und die Universität Hohenheim (spezialisiert auf Wirtschafts- und Agrarwissenschaften). Universitäten an denen besonderes medizinische und geisteswissenschaftliche Studiengänge gelehrt werden gibt es bei uns nicht, dafür in Freiburg, Tübingen und Heidelberg. Ein Uniklinikum mit medizinischer Fakultät besteht zudem in Ulm. Alle haben sehr hohe Standards und einen ausgezeichneten Ruf. Leider haben wir im Regierungsbezirk Stuttgart dies nicht. Vor allem in den Regionen Heilbronn/Franken und Ostwürttemberg sind die Wege bis zum nächsten Universitätsklinikum und der nächsten medizinischen Fakultät weit. Dazu sind die Hörsäle besonders in Medizin auch in den drei baden-württembergischen Universitäten (wie in ganz Deutschland) überaus voll. Überdies wird für die Zulassung ein Abi-Schnitt von nicht schlechter als 1,3 erwartet. Mehr Bewerber können aber aus kapazitätsgründen nicht aufgenommen werden. Bayern geht mit gutem Beispiel voran und hat z.B. in Augsburg und Regensburg neue medizinische Fakultäten gegründet. Auch in Baden-Württemberg wäre es sinnvoll und dringend geboten mindestens eine neue medizinische Fakultät zu eröffnen. Aber auch andere Fächer wie z.B. Jura kann man in Nordwürttemberg nicht studieren. Wohnt man beispielsweise in Schwäbisch Hall befindet sich die nächste juristische Fakultät über 100 km entfernt. Dass aber junge Leute aus dem wirtschaftlich stärksten Bezirk Baden-Württembergs wegziehen, weil sie hier nicht studieren können, möchten wir nicht akzeptieren. Wenn das Land Baden-Württemberg, welches von sich selbst immer behauptet, Bildung wäre ihr wichtigstes Gut, diesem auch gerecht werden will, muss es garantieren, dass die Abdeckung mit Universitäten überall gewährleistet ist. Deshalb fordern wir eine neue Universität vorzugsweise in den Regionen Heilbronn/Franken oder Ostwürttemberg zu gründen, an der sowohl Medizin als auch andere stark frequentierte geisteswissenschaftliche Studiengänge gelehrt werde.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Ablehnung</p>		<p><input type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A16		ANTRAGSTELLER: JU KV BÖBLINGEN	
<p>Zur Förderung des Mobilitätswandels fordern wir eine Vereinheitlichung der Ladeschnittstelle sowie dem zugehörigen Zahlvorgang.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Gegebenenfalls mündlich</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Ablehnung</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A17		ANTRAGSTELLER: JU KV BÖBLINGEN	
Wir fordern die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 72 Jahre. Wer früher oder später die Rente antreten möchte kann dies gegen Zu- oder Abschläge tun.			
BEGRÜNDUNG: Die gegenwärtige Regelung, insbesondere zur sog. „Rente mit 63“, ist gegenüber unserer jüngeren Generation in Deutschland unverantwortlich. Die Europäische Union sowie verschiedene Ökonomen haben sie daher zu Recht als Gefahr für die Staatsfinanzen scharf kritisiert. Wir müssen uns bereits heute ernsthaft und verantwortungsvoll die Frage der Generationengerechtigkeit stellen. Dabei müssen wir in größeren Zeitabschnitten denken und handeln und nicht lediglich gedanklich beschränkt innerhalb einer Legislaturperiode Projekte initiieren. Aufgrund des demographischen Wandels ist unser gegenwärtiges Rentensystem bedroht. Es werden zu wenige Kinder geboren. Gleichzeitig steigt die durchschnittliche Lebenserwartung von Jahr zu Jahr an. In der Folge wird es in der Zukunft deutlich zu wenige Beitragszahler in das Rentensystem geben. Vor allem ab dem Jahre 2030 wird die Lage ernst, wenn die Generation der Babyboomer, vor allem der geburtenstärkste Jahrgang 1964, das Rentenalter erreicht. Zeitgleich werden zu wenige junge Menschen in das Berufsleben einsteigen. Um zu verhindern, dass unser Rentensystem kollabiert oder an bedrohliche Grenzen gelangt, müssen wir das Renteneintrittsalter deutlich erhöhen. Deshalb halten wir eine „Rente mit 72“ im Sinne einer zukunftsorientierten, verantwortungsvollen und nachhaltigen Politik für unausweichlich.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung		<input type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	<input checked="" type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A18		ANTRAGSTELLER: JU KV BÖBLINGEN	
Wir fordern eine Öffnung des europäischen Mobilfunkmarktes, damit in Deutschland auch Mobilfunkverträge von ausländischen Anbietern abgeschlossen werden können.			
BEGRÜNDUNG: Gegebenenfalls mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung		<input type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A19		ANTRAGSTELLER: JU KV BÖBLINGEN	
Der Landesvorstand wird aufgefordert alle vom Landestag beschlossenen Anträgen unverzüglich auf der Website des Landesverbandes zu veröffentlichen und Kernthesen regelmäßig (jeden Monat eine inhaltliche Forderung aufgreifen und ggf. wiederholen) über Social Media zu kommunizieren.			
BEGRÜNDUNG: Gegebenenfalls mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme in geänderter Fassung: Der Landesvorstand soll die von Landestagen beschlossenen Anträge auf ihrer Homepage veröffentlichen und die Kommunikation der inhaltlichen Anträge durch eine begleitende Berichterstattung auf den verschiedenen Social Media Plattformen ergänzen.		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A20		ANTRAGSTELLER: JU KV BÖBLINGEN	
<p>Die JU Baden-Württemberg fordert die Bundesregierung dazu auf, die Bundeswehr Drohne Heron TP für den bewaffneten Kampfeinsatz auszurüsten und benötigtes Personal auszubilden</p>			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Am 13.06.18 machte der Haushaltsausschuss des 19. Bundestages den Weg für die Beschaffung einer bewaffnungsfähigen Drohne des Typen Heron TP frei. Der Beschluss umfasst die Anmietung von 5 Maschinen dieses Modells und eine Übereinkunft zur Wartung, Stationierung und zur Ausbildung der Piloten in Israel. Nicht miteingeschlossen ist aber die Beschaffung von Munition und die Ausbildung zum Kampfeinsatz. Für uns als Junge Union sollte es jedoch klar sein, dass wir für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldaten eintreten. Eine Bewaffnung wäre daher lediglich eine Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten, da die Bundeswehr bereits Drohnen zur Aufklärung einsetzt und eine Bewaffnung schnelle Feuerunterstützung durch die Drohne ermöglicht. Ein weiterer Vorteil gegenüber herkömmlichen Luftfahrzeugen ist zudem die deutlich längere Stehzeit einer Drohne, was ein detailliertes Lagebild ermöglicht und das Risiko von zivilen Opfern verringert.</p> <p>Zudem begann die Ausbildung der Piloten in diesem Jahr. Daher ist es dringend notwendig die nächsten Schritte zu unternehmen, damit bis zum Einsatzbeginn 2020 ein Kampfeinsatz der Drohne möglich ist.</p> <p>Wir als Junge Union sollten uns daher klar für eine Bewaffnung aussprechen um zu zeigen, dass wir für den Schutz unserer Soldaten im Einsatz eintreten.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Annahme</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A21	ANTRAGSTELLER: JU KV FREIBURG	
<p>Konkretisierung der Europäischen Entsenderichtlinie und Einrichten einer EU-Plattform für die Entsendung von Arbeitskräften ins Ausland</p> <p>Die Junge Union Baden-Württemberg fordert eine konkretisierte Fassung der Entsenderichtlinie und spricht sich hiermit explizit für grenzüberschreitende Dienstleistungen aus, die eine notwendige Bedingung für grenzüberschreitenden Handel ist. Wir sehen diese Änderung nötig an, da die Entsenderichtlinie, die für einen fairen Wettbewerb mit fairen Arbeitsbedingungen und gegen Lohn-Dumping gedacht ist, zu einem Missbrauch verleiten kann, um durch protektionistische Schritte die heimischen Unternehmen zu bevorzugen. Dies widerspricht klar dem Kerngedanken des europäischen Wirtschaftsraumes und unserer Auffassung der europäischen Idee. Weiter setzen wir uns für eine Einrichtung eines standardisierten europäischen Melde- und Genehmigungsverfahrens zum Beispiel in Form einer Plattform ein, um aufwändige Übersetzungen der Papiere und Unsicherheiten zu vermeiden.</p>		
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Der Anlass dieses Antrages ist die Verschärfung des französischen Mindestlohngesetzes bis zum 5. Oktober 2018, die ausländischen Dienstleistern Vorlagen erteilte, die in keinem Verhältnis zum erbrachten Dienstleistungswert standen. Diese beinhalteten u.a. die Übersetzung des Meldescheines und aller erforderlichen Papiere, die Anmeldung der Personen mit Namen und voraussichtlicher Stundenzahl 2 Wochen vor dem geplanten Termin und weitere Erschwerungen. Diese Forderungen machten spontane Dienstleistungen, wie Reparaturen, Montagen u.ä. unmöglich sowie andere Dienstleistungen unrentabel, da der Arbeits – und Kostenaufwand den Umsatz i.d.R. überstieg. Dies hatte Umsatzeinbußen für vor allem mittelständische Betriebe im empfindlichen Maße zur Folge.</p> <p>Die Entsenderichtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten lediglich dazu, diese umzusetzen, was zur Folge hat, dass die Gestaltung der Umsetzung den Ländern obliegt und diese dort teilweise sehr erschwerend ausgelegt wurde. Wir sehen einen Gewinn für Europa im Europäischen Wirtschaftsraum, zu dem grenzüberschreitende Dienstleistungen zweifelsfrei gehören. Deshalb befürchten wir ein Wachstumshemmnis, wenn diese nicht z.B. im Rahmen eines Wartungsvertrags umgesetzt werden können und setzen uns für die Einrichtung gleicher europäischer Standards und die Einführung von standardisierten Formularen ein, um diese Erschwernis und letztlich Wettbewerbsverzerrung abzubauen.</p>		
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Annahme</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	<p><input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p>

ANTRAG A22		ANTRAGSTELLER: JU KV FREIBURG	
<p>Weitere Kooperation der Polizeien Baden-Württembergs und Frankreichs</p> <p>Die Junge Union Baden-Württemberg unterstützt den weiterhin zügigen Ausbau der Kooperation der Polizeien Baden-Württembergs und Frankreichs im Grenzgebiet. Dies beinhaltet die entfristete Einrichtung des deutsch-französischen Polizeipostens in Rust sowie die Prüfung und Einrichtung weiterer deutsch-französischer Polizeiposten am Oberrhein diesseits und jenseits des Rheins. Dies vereinfacht die Kommunikation mit den Bürgern und bietet einen schnellen Zugriff auf Datenbanken beider Länder und eine effektive Bekämpfung grenzüberschreitender Verbrechen.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Eine Pilotphase im Sommer dieses Jahres zeigte den Mehrwert für die Polizeiarbeit. Personen, die wegen Sprachbarrieren verunsichert waren, zeigten sich wesentlich kooperativer, wenn sie dies in ihrer Muttersprache nachvollziehen konnten. Auch wurden Missverständnisse durch zügigen Datenabgleich ausgeräumt, da dies unmittelbar auf dem kurzen Dienstweg geschah. Neben der Erleichterung im Vollzugsdienst, können somit Delikte grenzüberschreitend besser und effektiver verfolgt werden. Die Reviere, die eine Weiterentwicklung der deutsch-französischen Polizeistreifen sind, sind im Lichte der Neufassung des Elyséevertrages auch ein Zeichen der bedingungslosen Kooperation beider Länder, auch in Hoheitsaufgaben. Dies ist auch vonnöten, um die mangels Grenzkontrollen aufgetretenen Graubereiche besser bekämpfen zu können.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Annahme</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A23		ANTRAGSTELLER: JU KV CALW	
<p>Die Junge Union Baden-Württemberg fordert die Abschaffung der 1 Cent-, 2 Cent- und 5 Cent-Münzen.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Herstellung, Austausch und im Umlauf halten dieser Münzen sind sehr kostenintensiv für die Prägestalten, ausgebenden Banken und den Einzelhandel. Der Nutzen ist dagegen gering, vielen Verbrauchern sind die Münzen lästig. In der Schweiz gibt es zum Beispiel keine Münzen kleiner als 5 Rappen, in Ländern wie Belgien oder den Niederlanden werden die Beträge bei der Barzahlung schon jetzt auf- oder abgerundet. Außerdem steigt durch rundere Preise die Transparenz für Verbraucher und das ständige Austauschen einzelner Cents, beispielsweise an der Supermarktkasse, fällt weg.</p> <p>Das EU-Parlament plante schon einmal einen solchen Vorstoß, jedoch ist die Stückelung des Bargeldes Sache der einzelnen Mitgliedstaaten. Deshalb sollten wir uns bei der CDU-Bundestagsfraktion für etwas stark machen, wovon Banken, Handels- und Gewerbetreibende sowie Verbraucher profitieren.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Ablehnung</p>		<p><input type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A24		ANTRAGSTELLER: JU KV CALW	
JA ZUR BEWEIDUNG, NEIN ZUM WOLF <p>Unsere Landwirte in Baden-Württemberg leisten viel für unser Land. Sie erzeugen nicht nur gute Nahrungsmittel, sondern erbringen auch einen Beitrag zur Kulturlandschaft. Beweidungen durch Schafe, Rinder und Pferde erhöhen die Artenvielfalt. Umso wichtiger ist es, dass die Menschen an dieser Arbeit Freude haben und nicht durch zusätzliche Maßnahmen vergrault werden.</p> <p>Seit diesem Jahr plagt allerdings einige Halter die Angst um die eigenen Tiere. Ein Wolf tötete in Baiersbronn zwei, in Gernsbach drei und in Bad Wildbad 44 Schafe. Dazu kommen wohl 2 Pferde, die in Simmersfeld aufgrund von Wolfsattacken verendet sind. Für die Besitzer der Tiere ist dies ein traumatisches Ereignis. Es kommt hier nicht nur zu einem finanziellen Verlust, den das Land durch Entschädigungszahlungen ausgleichen kann. Die emotionale Bindung zu den Tieren und die ständige Angst um den Bestand der Herde belasten die Menschen. Nicht wenige überlegen sich deshalb ihre Herde komplett aufzugeben – sowohl die bereits betroffenen als auch bisher verschonte Tierhalter. Dies wäre ein herber Schlag für unsere Kulturlandschaft. Das Land könnte die Arbeit der Schäfer und Viehhalter nur unter erheblichen finanziellen Aufwendungen bewerkstelligen.</p> <p>Wir als Junge Union Baden-Württemberg wollen aus Liebe zu unserer Landwirtschaft und unserer Kulturlandschaft eine solche Situation nicht dulden – auch weil der Wolf entgegen vieler Behauptungen für den Menschen nicht ungefährlich ist. In Gebieten, wo er lebt, kommt es zu Attacken auf Menschen, insbesondere auf Kinder. Umso bedenklicher ist dies für Deutschland, wo die Bevölkerungsdichte deutlich höher ist als in Russland oder Kanada, wo es zu genannten Zwischenfällen kommt.</p> <p>Deshalb fordern wir die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht. Der Wolf muss geschossen werden können, insbesondere wenn er verhaltensauffällig ist und Menschen und Nutztiere bedroht.</p>			
BEGRÜNDUNG: ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A25		ANTRAGSTELLER: JU KV REMS-MURR	
Die Junge Union Baden-Württemberg möge beschließen, Leitanträge nur noch an jedem zweiten Landestag zu beraten.			
BEGRÜNDUNG: Die inhaltlichen Standpunkte und Aussagen in den Leitanträgen, sowohl auf Bezirks- wie auf Landesebene, sind doch sehr redundant, teilweise über mehrere Jahre hinweg. Grundlegende Mehrheitspositionen der JU sind klar und müssen nicht ständig wiederholt werden. Zudem wirken die meisten Leitanträge, vor allem bei hoher Autorenzahl, sprachlich nicht aus einem Guss und verlieren damit an Qualität. Häufig überschneiden sich daher sogar inhaltliche Passagen in mehreren Kapiteln, wenn sich die Autoren der einzelnen Kapitel nicht untereinander absprechen. Stünde eine Leitantragsdebatte nur an jedem zweiten Landestag an, bliebe mehr Zeit für Debatten, die Beratung allgemeiner Anträge (was dazu führen würde, dass auch mehr gestellt würden) und möglicherweise auch für Diskussionen mit den Gastrednern. Leitanträge sollen jeweils an Landestagen ohne Vorstandswahlen beraten werden. Inhaltlich würde kein Schaden bzw. Mangel für Arbeit und Außenwirkung der Jungen Union Baden-Württemberg entstehen.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung		<input type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input checked="" type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A26		ANTRAGSTELLER: JU KV REMS-MURR	
Die Junge Union Baden-Württemberg möge beschließen, sich für eine personelle Neubesetzung des CDU-Parteivorsitzes im Rahmen des Bundesparteitags im Dezember diesen Jahres auszusprechen.			
BEGRÜNDUNG: Ggf. mündlich			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Verweis an den Landesausschuss.		<input type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	! Verweis an den Landesausschuss !

ANTRAG A27		ANTRAGSTELLER: JU KV REMS-MURR	
Die Junge Union Baden-Württemberg möge beschließen, die Bemühungen der Bundesregierung im Rahmen der Vereinten Nationen auf ein globales Verbot vollautonomer Waffensysteme zu unterstützen.			
BEGRÜNDUNG: Seit Jahren diskutieren Militärexperten der Vereinten Nationen über ein globales Verbot autonomer Waffensysteme. Was sich noch immer wie ein Science-Fiction-Roman anhört ist heute schon Realität. Die russische Waffenschmiede „Kalaschnikow“ zeigt bereits auf internationalen Rüstungsmessen einen Geschützturm, der ein Maschinengewehr mit Hard- und Software für Gesichtserkennung koppelt. Das Töten wird also einem Algorithmus überlassen. Es ist grundsätzlich falsch, Tötungsentscheidungen an Algorithmen zu delegieren. Dies kann mit einem christlichen Werteverständnis nicht vereinbar sein. Das Töten im Krieg muss weiterhin das Gewissen belasten.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A28		ANTRAGSTELLER: JU KV REMS-MURR	
Die Junge Union Baden-Württemberg möge beschließen, die eigenen Vertreter in den CDU-Kreisverbänden aufzufordern darauf hinzuwirken die Satzungen der CDU-Kreisverbände dahingehend zu ändern, dass maximal die Hälfte der auf Kreisparteitag gewählten Bundesparteitagsdelegierten ein amtierendes Abgeordnetenmandat im Deutschen Bundestag, einem Landtag und dem Europäischen Parlament bekleiden darf.			
BEGRÜNDUNG: Langfristiges Ziel ist die Sicherstellung einer Mehrheit von „einfachen“ Basis-Mitgliedern ohne Abgeordnetenmandat auf CDU-Bundesparteitag, um zu verhindern, dass Entscheidungen auf CDU-Bundesebene gegen Vertreter der Basis möglich sind.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	
		<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A29		ANTRAGSTELLER: JU KV REMS-MURR	
Die Junge Union Baden-Württemberg möge beschließen, auf dem nächsten Landeparteitag der CDU einen satzungsändernden Antrag zu stellen, wonach zukünftig der Spitzenkandidat der CDU Baden-Württemberg bei Landtagswahlen von einem Landesparteitag bestimmt werden soll.			
BEGRÜNDUNG: Derzeit ist das Verfahren für die Kür des Spitzenkandidaten auf Landesebene nicht geregelt. Wir halten einen offiziellen Beschluss des Landesparteitags für die beste aller Alternativen.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung		<input type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	<input checked="" type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A30		ANTRAGSTELLER: JU KV REMS-MURR	
Die Junge Union Baden-Württemberg möge beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, das von ihr 2013 beschlossene Verbot der Ferkelkastration ohne Betäubung, welches Anfang 2019 in Kraft treten soll, zügig umzusetzen. Aktuelle Bemühungen, das Verbot um weitere zwei Jahre hinauszuzögern müssen mit sofortiger Wirkung eingestellt werden. Stattdessen muss die Regierung nach belgischem und spanischem Vorbild schmerzfreie Methoden zur Vermeidung von Ebergeruch einfordern.			
BEGRÜNDUNG: Um dem sogenannten Ebergeruch vorzubeugen, der bei ca. 10 % der Eber zu einer qualitätsmindernden Geruchsbelastung des Schweinefleisches führt, werden männliche Mastferkel präventiv kastriert. Dabei wird den Ferkeln bei vollem Bewusstsein - und um Kosten zu sparen - ohne Betäubung in einer qualvollen Prozedur die Haut über den Hodensäcken aufgeschnitten. Anschließend werden die Hoden gewaltvoll herausgedrückt. § 5 des deutschen Tierschutzgesetzes sieht vor, dass ein schmerzhafter Eingriff bei einem Wirbeltier nicht ohne Betäubung durchgeführt werden darf. Weiter lässt es jedoch die Ausnahme zu, dass unter acht Tage alte männliche Ferkel weiterhin ohne Betäubung kastriert werden dürfen. Durch die 2013 von der großen Koalition beschlossene Änderung des Tierschutzgesetzes sollte dieser qualvollen Praxis ab dem 1. Januar 2019 ein Ende gesetzt werden. Am 1. Oktober 2018 beschloss die Koalition jedoch mittels einer Fraktionsinitiative im Bundestag die Betäubungspflicht für Ferkel um weitere zwei Jahre hinauszuzögern. Die Verlängerung des Leids der Ferkel aus reiner Profitgier ist nicht hinnehmbar. Eine Übergangsfrist von nunmehr fünf Jahren muss ausreichen, damit sich die Züchter auf alternative, schmerzfreie Behandlungsmethoden, wie sie in anderen EU-Staaten bereits umgesetzt werden, umstellen können.			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	<input type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A31		ANTRAGSTELLER: JU KV BIBERACH	
Der Landesvorstand soll um einen Digitalisierungsbeauftragten erweitert werden. Dieser soll eine grundlegende Digitalisierungsstrategie innerhalb der Jungen Union ausarbeiten und vorantreiben. Der Fokus liegt darauf, interne Strukturen und Prozesse in ein digitales Zeitalter zu überführen.			
BEGRÜNDUNG:			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung		<input type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	<input checked="" type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A32		ANTRAGSTELLER: JU KV BIBERACH	
<p>Der Landesverband soll sich für eine Online-Plattform zum Austausch von Dokumenten und kreativen Ideen einsetzen. Landesverband, Bezirksverbände und Kreisverbände sollen in dieser Plattform Ihre Berichte, Beschlüsse, Flyer und sonstige öffentliche Dokumente einbringen. Darüber hinaus sollen dort Vorlagen zur Verfügung gestellt werden. Diese Plattform soll unseren Mitgliedern als Informationsquelle über vergangenes und Inspirationsquelle für zukünftiges dienen.</p>			
BEGRÜNDUNG:			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung		<input type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	<input checked="" type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A33		ANTRAGSTELLER: JU KV BIBERACH	
<p>Der Landesverband soll sich für mitgliederoffene „Online-Ausschüsse“ einsetzen. Diese Treffen sollen auf ein Thema oder Fachbereich beschränkt sein. Unsere Mitglieder können dort Ihre Themen und Ihr Fachwissen einbringen. Im Idealfall wird der Online-Ausschuss gemeinschaftlich von Landesverband und den Bezirksverbänden organisiert.</p>			
BEGRÜNDUNG:			
<p>Ein großer Teil der Mitglieder pendelt zwischen Arbeitsort, Studienort, Wahlheimat und Kreisverband, was das Engagement in herkömmlichen Sitzungen vor Ort stark einschränkt. Hinzu kommen Mitglieder, die großes Fachwissen besitzen, aber den Weg über herkömmliche Sitzungen, Vorstandsarbeit und Wahlen scheuen. Besonders für diese Mitglieder könnten fachlich orientierte Online-Ausschüsse, Motivation bieten sich einzubringen.</p>			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung		<input type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	<input checked="" type="checkbox"/> ABLEHNUNG

ANTRAG A34		ANTRAGSTELLER: JU KV LUDWIGSBURG	
<p>Die Plünderung der Rentenkasse muss gestoppt werden!</p>			
BEGRÜNDUNG:			
<p>Nach Aussage vieler Experten wäre die Finanzierung höherer Renten gesichert, wenn keine Beiträge für versicherungsfremde Leistungen zweckentfremdet verwendet, sondern aus Steuermitteln aufgebracht würden. Arbeitnehmer und Rentner subventionieren mit ihren Beiträgen Jahr für Jahr den Bundeshaushalt. Das ist nicht gerecht!</p>			
EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung		<input type="checkbox"/> ANNAHME	<input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG
		<input type="checkbox"/> ERLEDIGT	<input checked="" type="checkbox"/> ABLEHNUNG

NTRAG A35		ANTRAGSTELLER: JU KV LUDWIGSBURG	
<p>Die Bundesregierung, genauer die Bundesagentur für Arbeit soll für Hartz IV Empfänger statt 90€ in Zukunft kostendeckende 290€ pro Person, pro Monat als Mitgliedsbeitrag an die Krankenkassen zahlen.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Wer Arbeitslosengeld II und Sozialgeld bezieht, wird bei einer gesetzlichen Krankenkasse versichert. Der Bund kommt für die Beiträge auf und überweist jeden Monat pro Person einen Mitgliedsbeitrag von ungefähr 90 Euro an die Krankenkasse.</p> <p>Laut den gesetzlichen Krankenkassen ist jedoch ein Beitrag von mindestens 290€ notwendig um die Kosten zu decken. Das macht jedes Jahr ein Defizit von ungefähr 10 Milliarden Euro bei den Krankenkassen aus.</p> <p>Durch diese Taktik spart sich der Staat die Kosten im Haushalt und kann entweder Milliardengewinne ausweisen oder großzügig Geld verschenken. Das geht zu Lasten der Arbeitnehmer, die in eine Versicherung einzahlen und stellt eine erhebliche Ungleichheit dar.</p> <p>Gerade in Zeiten einer Debatte über Einkommensgerechtigkeit kann dieser Vorschlag, insbesondere die Geringverdiener, aber auch alle anderen Arbeitnehmer erheblich entlasten, da gerade die Sozialversicherung, selbst bei unteren Einkommen in voller Höhe zu Buche schlägt und es ein erhebliches mehr Netto vom Brutto bedeuten würde.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die Bundesagentur für Arbeit soll für Hartz-IV-Empfänger statt 90 Euro in Zukunft kostendeckende 290 Euro pro Person, pro Monat als Mitgliedsbeitrag an die Krankenkassen zahlen.</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A36		ANTRAGSTELLER: JU KV LUDWIGSBURG	
<p>Die Junge Union Baden- Württemberg möge sich dafür einsetzen, das zukünftig 1/3 der Kandidaten für Bezirksparteitage, Landesparteitage und Bundesparteitage aus den Reihen der Junge Union besetzt wird.</p>			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Ggf. mündlich</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Ablehnung</p>		<p><input type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A37	ANTRAGSTELLER: JU KV RAVENSBURG
<p>Digitale Führungsrolle. Die Europäische Union muss im digitalen Wettstreit global führend werden. Dies gilt vor allem in Abgrenzung zu den USA und China. Daher ist dringend eine vollumfassende digitale Strategie der EU notwendig. Aus diesem Grund begrüßen wir eine zügige Vollendung des digitalen Binnenmarktes, vor allem in der Schaffung von notwendigen technischen und regulatorischen Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Verkehr und Handel von digitalen Waren sowie Dienstleistungen innerhalb der EU (z.B. nicht-personenbezogene Daten). Bei der Etablierung von Standards im Bereich des Datenschutzes und der Konsumentensouveränität muss die weltweiten Regeln setzen, insbesondere mit Blick auf die nachlässigen Bestimmungen der privatwirtschaftlichen Akteure aus den USA sowie dem staatlichen Datenmissbrauch in China. Bei der Forschung und Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) darf sich die EU nicht abhängen lassen. Statt der Finanzierung einzelner Pilotprojekte und isolierten nationalen KI-Strategien fordern wir daher die Entwicklung einer EU-weiten Forschungsstrategie unter Einbindung der nationalen Forschungsinstitutionen und Unternehmen innerhalb der EU. Die EU darf sich bei diesen sensiblen Technologien, die einen immer größeren Einfluss auf unseren Alltag haben werden, nicht von politischen oder privatwirtschaftlichen Akteuren außerhalb der EU abhängig machen.</p>	
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Zunächst ist es erstaunlich, dass sich der Begriff „Digitales“ nur in der Überschrift des entsprechenden Kapitels im Leitantrag befindet. Dies spiegelt u.M.n. nicht die Wichtigkeit dieses Themas auf die Zukunft der EU sowie seiner Bürgerinnen und Bürger wider!</p> <p>Heute geben die USA und China den Ton bei der Entwicklung neuer digitaler Produkte, Dienstleistungen sowie im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) an. Dabei befindet sich die EU zwischen diesen beiden „digitalen Supermächten“, deren unterschiedlichen Strategien für uns Europäer nicht wünschenswert sein können. Zum einen die USA mit ihren privatwirtschaftlichen Technologie-Unternehmen, die vor allem in den letzten Jahren durch den Missbrauch von Nutzerdaten in Erscheinung getreten sind. Auf der anderen Seite erleben wir zudem einen staatlichen Missbrauch von neuen Technologien durch die Kommunistische Partei in der Volksrepublik China zur Überwachung und Steuerung der eigenen Bevölkerung. Um zwischen beiden Extremen bestehen zu können, ist daher die Entwicklung einer eigenständigen und umfassenden „Europäischen-Digital-Strategie“ notwendiger denn je.</p> <p>Aus wirtschaftlicher Sicht stellt die EU mit rund 500 Millionen potentiellen Nutzern einen erheblichen Anteil an den weltweiten Konsumenten von digitalen Produkten und Dienstleistungen. Dieses Potential gilt es durch die Vollen- dung des Digitalen Binnenmarktes voll auszuschöpfen und diese Marktkonzentration als politisches Pfund im globalen Wettstreit einzusetzen. Im Jahr 2030 verfügen China und die USA schätzungsweise über mehr als 60% der weltweiten Daten. Um hier mithalten zu können, bedarf es daher der Bündelung der europäischen Initiativen bei der Nutzbarmachung von Daten und Entwicklung von KI-Systemen innerhalb einer abgestimmten gesamteuropäischen Strategie. Ohne die Schaffung von EU-weiten Rahmenbedingungen werden „Smart-Cities“ sowie autonomes Fahren Zukunftsvisionen bleiben und die Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Akteuren aus Drittstaaten weiter erhöhen (z.B. Cloud-Computing Systeme bei Smart-Cities von Amazon). Dabei ist es unabdingbar, dass die EU die globalen Rahmenbedingungen maßgeblich prägt. Die EU hat es in der jüngsten Vergangenheit schon geschafft die weltweiten Standards im Bereich des Datenschutzes zu setzen. Trotz der viel zu strikten und unachtsamen Umsetzung der DSGVO in Deutschland, gilt diese Verordnung weltweit als Antwort auf den laxen Umgang mit Daten. Diesen Weg gilt es grundsätzlich weiter zu gehen. Nicht zuletzt der Facebook-Daten-Skandal hat gezeigt, dass die Mitgliedsstaaten alleine kaum Handlungsmöglichkeiten dagegen haben. Eine gesamteuropäische Strategie ist daher für uns unabdingbar.</p>	
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Einfügen in den Leitantrag ab Zeile 199 in geänderter Fassung:</p> <p>„... und der Konsumentensouveränität muss die EU die weltweiten Regeln setzen...“</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>

ANTRAG A38		ANTRAGSTELLER: JU KV MANNHEIM	
<p>Der Landestag der Jungen Union Baden-Württemberg möge beschließen:</p> <p>„Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, dass Verkehrszeichen, die die erlaubte Geschwindigkeit auf beschädigten Straßen begrenzen, nur aufgestellt werden dürfen, wenn innerhalb von drei Monaten eine Instandsetzung geplant und durchgeführt wird. Finanzschwachen Kommunen muss dabei die Möglichkeit gegeben werden, kurzfristig Zuschüsse vom Land zu erhalten, um eine zeitnahe Instandsetzung zu gewährleisten.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Laut einer Studie des ADAC ist in deutschen Kommunen bereits jede zweite Straße baufällig. Tragödien wie der Brückeneinsturz in Genua vor knapp zwei Monaten zeigen, dass unsere Infrastruktur keinesfalls ein Bereich für Einsparungen sein darf. Wir fordern deshalb eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf maroden Straßen nur dann zu erlauben, wenn anschließend eine zeitnahe Instandsetzung der Straßenschäden erfolgt. Somit soll dem Aufschieben der Instandsetzungsarbeiten auf unbestimmte Zeit entgegengewirkt werden.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Der Landestag der Jungen Union Baden-Württemberg möge beschließen:</p> <p>„Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, dass Verkehrszeichen, die die erlaubte Geschwindigkeit auf beschädigten Straßen begrenzen, nur in einem zeitlich begrenzten Rahmen von maximal sechs Monaten aufgestellt werden dürfen, da innerhalb dieses Zeitraumes die Instandsetzung des schadhafte Straßenabschnitts möglichst schnell geplant und durchgeführt werden muss. Finanzschwachen Kommunen muss dabei die Möglichkeit gegeben werden, kurzfristig Zuschüsse vom Land zu erhalten, um eine reibungslose Reparatur bzw. Erneuerung zu gewährleisten.“</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A39		ANTRAGSTELLER: JU KV MANNHEIM	
<p>Der Landestag der Jungen Union Baden-Württemberg möge beschließen:</p> <p>„Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg setzt sich für eine verstärkte Digitalisierung der Straßeninfrastruktur ein.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Digitalisierung bedeutet neue Chancen, auch in der Verkehrspolitik. Wir fordern daher, mehr Geld in den digitalen Ausbau der Infrastruktur zu investieren, damit das Land Baden-Württemberg auch in Zukunft international wettbewerbsfähig bleibt.</p> <p>Sinnvolle Maßnahmen wären hier vor allem der Ausbau des LTE-Mobilfunknetzes an Außerortsstraßen, die Optimierung der digitalen Verkehrssteuerung sowie die Auswertung von Verkehrsteilnehmerdaten zur Stauprävention. Durch eine intelligente Verkehrssteuerung könnte zudem der Kraftstoffverbrauch aller Verkehrsteilnehmer gesenkt werden. Außerdem besteht so die Möglichkeit zeitnah auf die sich häufig schnell ändernde Verkehrssituation zu reagieren und dementsprechend die Beschilderung (Geschwindigkeitsbegrenzungen, Warnungen vor Gefahren, etc.) anzupassen.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Geänd. Fassung: „Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg setzt sich für eine verstärkte Digitalisierung von und entlang der Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg ein.“</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG</p> <p><input type="checkbox"/> ERLEDIGT</p> <p><input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A40		ANTRAGSTELLER: JU KV MANNHEIM	
<p>Der Landestag der Jungen Union Baden-Württemberg möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, dass Aufwendungen für eine erstmalige Berufsausbildung oder für ein Erststudium als Werbungskosten abzugsfähig sind.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Junge Menschen müssen immer besser ausgebildet sein, damit sie an unserem Arbeitsmarkt teilnehmen können. Hohe Ausbildungskosten sind dabei zuweilen unerlässlich. Diese Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung sind derzeit nicht als Werbungskosten, sondern nur als Sonderausgaben bis zu einer Höhe von 6.000 Euro im Jahr abzugsfähig (§ 9 Abs. 6 EStG und § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG). Bei vielen Studenten läuft dieser Sonderausgabenabzug allerdings ins Leere, weil sie keine oder geringe zu versteuernde Einkünfte haben und sich Sonderausgaben nur in dem Jahr steuermindernd auswirken können, in dem sie angefallen sind. Aufwendungen für die Zweitausbildung (bspw. Masterstudium, Zweit-, Ergänzungs- oder Aufbaustudium, Promotion) hingegen sind als Werbungskosten abzugsfähig. Sie können mittels Verlustvorträgen auf spätere Jahre, in denen voraussichtlich mehr Einkünfte als zu Studienzeiten vorhanden sind, übertragen und dann von den Einkünften abgezogen werden. Eine Gleichbehandlung der Aufwendungen für Erst- und Zweitausbildung wäre nach dem aus Art. 3 Abs. 1 GG herzuleitenden Gebot der Besteuerung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit geboten.</p> <p>Mit dem Berufseinstieg verbunden sind außerdem häufig Kosten, die beispielsweise ein Umzug in eine neue Stadt mit sich bringt. Genau in dieser Phase, wenn das erste Gehalt kommt und die ersten Steuern gezahlt werden müssen, unterstützt diese Änderung junge Menschen durch ein Weniger an Steuern, dass sie in der Anfangszeit zahlen müssen.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A41		ANTRAGSTELLER: JU KV MANNHEIM	
<p>Der Landestag der Jungen Union Baden-Württemberg möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg spricht sich für ein Verbot von islamistischen Symbolen (bspw. Rabia-Gruß und Wolfsgruß) aus.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Ggfs. mündlich</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Ablehnung Annahme in geänderter Fassung: „Die Junge Union Baden-Württemberg spricht sich für ein Verbot der Muslimbruderschaft und ihrer Teil- und Partnerorganisationen in Deutschland sowie ihrer Symbole aus.“</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A42		ANTRAGSTELLER: JU KV MANNHEIM	
<p>Der Landestag der Jungen Union Baden-Württemberg möge beschließen: „Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg spricht sich für ein Verbot der türkischen, rechtsextremistischen Organisation ‚Graue Wölfe‘ aus.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG: Ggfs. mündlich</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION: Annahme</p>		<p><input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG</p>	

ANTRAG A43		ANTRAGSTELLER: JU KV MANNHEIM	
<p>Der Landestag der Jungen Union Baden-Württemberg möge beschließen:</p> <p>„Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, dass für Sport- und Schwimmunterricht vor allem an Grundschulen mehr Wochenstunden eingeplant und entsprechend mehr Sport- und Schwimmlehrer eingestellt werden. Der Sport- und Schwimmunterricht soll zudem unter Zuhilfenahme von ausgebildeten Trainern der Sportvereine von vor Ort stattfinden. Die Teilnahme muss verpflichtend sein.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>15 Prozent der in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 3 und 17 Jahren sind mittlerweile übergewichtig – 6,3 Prozent davon gar adipös. 60 Prozent der Sechs- bis Zehnjährigen sind keine sicheren Schwimmer. Eine der Hauptursachen für diese Entwicklung ist ein anhaltender Bewegungsmangel.</p> <p>Mehr Sport- und Schwimmunterricht, besonders in jungen Jahren, könnte hier Abhilfe schaffen. Oft scheitert dies jedoch an den Schulen selbst. Die Stadt Mannheim beispielsweise könnte den Mannheimer Schulen deutlich mehr Schwimmhallenzeiten für Schulschwimmen zur Verfügung stellen als diese anfragen. Von Seiten der Schulen fehlt es nach Aussage der Stadt jedoch an geschultem Personal und entsprechenden Unterrichtszeiten. Eine Aufstockung ist daher in beiden Punkten notwendig.</p> <p>Darüber hinaus soll die Zuhilfenahme von ausgebildeten Trainern der Sportvereine vor Ort die Lehrkräfte entlasten. Zudem wird dadurch ein vielfältigeres und abwechslungsreiches Sportprogramm möglich. Sportvereinen bietet sich im Gegenzug die Möglichkeit, junge Menschen für Sport im Allgemeinen und ihren Verein im Speziellen zu begeistern.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Geänd. Fassung: „Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, dass für den Sport- und Schwimmunterricht an Grundschulen mehr Wochenstunden eingeplant und entsprechend mehr Sport- und Schwimmlehrer eingestellt werden. Der Sport- und Schwimmunterricht soll nach Möglichkeit in Kooperation mit Trainern der örtlichen Sportvereine sowie Ausbildern der im Wasserrettungsdienst tätigen Hilfsorganisationen stattfinden.“</p>		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

ANTRAG A44		ANTRAGSTELLER: JU KV MANNHEIM	
<p>Der Landestag der Jungen Union Baden-Württemberg möge beschließen:</p> <p>„Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg spricht sich für ein Verbot der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (kurz: Ditib) aus, falls die dafür notwendigen Voraussetzungen gegeben sind. Dafür muss Ditib inklusive aller Gliederungen dauerhaft vom Verfassungsschutz beobachtet werden.“</p>			
<p>BEGRÜNDUNG:</p> <p>Ditib untersteht der Leitung, Kontrolle und Aufsicht des staatlichen Präsidiums für Religionsangelegenheiten und damit direkt dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Den Einfluss Erdoğan konnte man eindrücklich bei seinem Besuch der Kölner Moscheeöffnung sehen, als er das Moscheegelände wie ein exterritoriales Gebiet der Türkei nutzte. Ditib fungiert als PR-Maschine der Türkei und bringt so türkische Konflikte in die deutsche Gesellschaft ein. Originär innenpolitische Angelegenheiten der Türkei haben auf deutschem Boden jedoch nichts verloren. Auch stehen Ditib-Imame im Verdacht, im Auftrag des türkischen Staats Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland zu überwachen. Die Bundesanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen sieben der 19 Beschuldigten lediglich eingestellt, weil diese sich an unbekannte Orte im Ausland abgesetzt haben.</p>			
<p>EMPFEHLUNG DER ANTRAGSKOMMISSION:</p> <p>Geänd. Fassung: „Die Junge Union (JU) Baden-Württemberg spricht sich für eine Beobachtung der Türkisch-Islamischen Union</p>		<input checked="" type="checkbox"/> ANNAHME <input checked="" type="checkbox"/> IN GEÄNDERTER FASSUNG <input type="checkbox"/> ERLEDIGT <input type="checkbox"/> ABLEHNUNG	

der Anstalt für Religion e. V. (kurz: Ditib) durch den Verfassungsschutz aus.“	
--	--